

Resolution

Herbstplenartagung des Bundeselternrats, 20.- 22.11.2009, Bad Hersfeld

Bildung für nachhaltige Entwicklung - Demokratie lehren und lernen

Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf.

Seit 20 Jahren gibt es die UN-Kinderrechtskonvention. In 54 Artikeln legt sie die Menschenrechte für Kinder und Jugendliche fest. Sie haben u. a. das Recht, sich mitzuteilen, gehört zu werden und gesund und ohne Gewalt aufzuwachsen. Sie haben einen Anspruch darauf, bei allem mitzubestimmen, was sie selbst betrifft - eine Grundlage demokratischen Handelns.

In Deutschland ist die UN-Kinderrechtskonvention 1992 in Kraft getreten. Eine Vorbehaltserklärung¹ verhindert jedoch ihre Umsetzung bis heute. Der Bundeselternrat begrüßt, dass die Bundesregierung im Koalitionsvertrag² festgelegt hat, die Vorbehaltserklärung zu streichen. Er fordert die Regierung auf, das zügig zu tun und alle Kinderrechte unverzüglich umzusetzen.

Das Demokratieverständnis wird im Elternhaus maßgeblich geprägt. Die Eltern haben die Pflicht, die Basis für einen toleranten, respektvollen Umgang miteinander zu legen.

Es ist Aufgabe der Schule, Kinder und Jugendliche zur Demokratie zu befähigen. Hier lernen sie demokratisches Handeln, indem sie es praktizieren. Damit Kinder und Jugendliche ihre Mitwirkungsrechte kompetent wahrnehmen können, müssen sie an der Entwicklung dieser Rechte beteiligt werden und von Anfang an Verantwortung übernehmen. Dazu gehört auch die Verantwortung für ihr eigenes Lernen. Im selben Maße müssen Lehrkräfte und Eltern lernen, Verantwortung zu übertragen.

Die Mitbestimmungsrechte für Eltern und Schüler müssen in allen Bundesländern gesetzlich verankert sein. Der Bundeselternrat fordert für das höchste Entscheidungsgremium jeder Schule aller Schularten gleiche Stimmenzahl für Eltern und Schüler und für das pädagogische Personal. Jede Klasse braucht einen Klassenrat, der von Schülern geleitet wird und dessen Themen die Schüler selbst bestimmen. Der Klassenrat muss fest im Stundenplan verankert sein.

Ein wesentlicher Aspekt demokratischer Schulkultur ist die kritische Reflexion. Schüler müssen das Recht haben, sich zum Unterrichtsgeschehen und zum Verhalten der Lehrer zu äußern und so zur Verbesserung des Unterrichts beizutragen.

Jede Schule muss regelmäßig prüfen, wie demokratisch sie handelt, - z.B. anhand des Kriterienkatalogs der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik - und muss ihre demokratischen Strukturen weiterentwickeln.

Bad Hersfeld, 22.11.2009

1 Aus der Vorbehaltserklärung: „Die Bundesrepublik Deutschland erklärt ..., daß das Übereinkommen innerstaatlich keine unmittelbare Anwendung findet.“ Die vollständige Erklärung finden Sie z.B. auf der Website von Terre des Hommes unter <http://www.tdh.de/content/materialien/download/index.htm?action=details&id=21>

2 Koalitionsvertrag CDU CSU FDP, S. 71: Kinderrechte

Wir setzen uns für eine Stärkung der Kinderrechte ein. Diese Rechte müssen im Bewusstsein der Erwachsenen stärker verankert werden. Wir wollen in allen Bereichen, insbesondere bei den Schutz-, Förder- und Partizipationsrechten, kindgerechte Lebensverhältnisse schaffen. Wir wollen die Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention zurücknehmen. An der Ausgestaltung eines Individualbeschwerdeverfahrens zur UN-Kinderrechtskonvention werden wir aktiv mitwirken. (<http://www.cdu.de/doc/pdfc/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf>)